



Die Präsidentschaftswahlen im Iran

Andreas Jacobs

Inhalt

1. Einleitung	Seite 1
2. Innenpolitische Rahmenbedingungen	Seite 2
3. Der Wahlkampf	Seite 2
3. Die Kandidaten	Seite 3
4. Mögliche Auswirkungen einer Wahl Rafsandschanis	Seite 5
5. Ihr Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung	Seite 6

1. Einleitung

Am 17. Juni 2005 wählen die Iraner zum neunten Mal seit der Islamischen Revolution ihren Staatspräsidenten. Das Ende der Amtszeit des bisherigen Präsidenten Mohammad Khatami, der für eine dritte Amtszeit nicht mehr kandidieren darf, bedeutet das Ende einer Ära. Khatami war 1997 mit überwältigender Mehrheit gewählt worden. An ihn knüpften sich Hoffnungen auf einen sanften Wandel, auf mehr Demokratie und bürgerliche Freiheiten. Von diesen Hoffnungen ist nach acht Jahren wenig geblieben. Die Reformer sind aufgerieben, zerstritten um Macht und Einfluss und insgesamt gescheitert an Konservativen, die sich über den politischen Kurs des Landes ebenfalls uneinig sind. Als Folge schwanken die Iraner zwischen Resignation und der Suche nach Alternativen. An einen Reformprozess glaubt kaum noch jemand. Der neue Staatspräsident steht damit vor der schwierigen Aufgabe, dem Iran wieder eine klare politische Perspektive zu geben.

2. Die innenpolitischen Rahmenbedingungen

Die innenpolitischen Verhältnisse im Iran sind unübersichtlicher geworden. Bislang standen sich mit Konservativen und Reformern zwei eindeutig identifizierbare politische Blöcke gegenüber. Die Konservativen begriffen sich als Hüter des Vermächtnisses von Revolutionsführer Khomeini und besetzten die wichtigen Schaltstellen der politischen Macht. Ihre Gegenspieler, die Reformen, bekannten sich zwar grundsätzlich zum Verfassungsmodell der Islamischen Republik, gingen aber davon aus, dass sich auch unter diesen Bedingungen Rechtsstaatlichkeit, Zivilgesellschaft und eine Verbindung von Islam und Demokratie herstellen ließen. Mit der Wahl Khatamis im Jahre 1997 hatten die Reformen zum ersten Mal in der Geschichte der Islamischen Republik ein wichtiges Staatsamt erobert. Khatami etablierte in Folge einen neuen politischen Stil, der in breiten Teilen der Bevölkerung, aber auch im Ausland Hoffnung auf mehr Demokratie, Freiheit und Wohlstand machte.

Bereits bei der Wiederwahl Khatamis im Jahre 2001 war von dieser Hoffnung wenig geblieben. Die Konservativen hatten nahezu alle Reform- und Liberalisierungsversuche vereitelt. Verantwortlich hierfür war der eigentümliche „hybride Charakter“ des iranischen Systems (Johannes Reissner). Da nach der Verfassungslogik der Islamischen Republik Gott als politischer Entscheidungsträger über dem Volk stehen muss, sind die Machtstrukturen des Iran von einer Dominanz klerikaler Institutionen geprägt. Jeder „demokratischen“ Institution ist daher eine „theokratische“ Institution übergeordnet. Dementsprechend wurden die meisten von Staatspräsident und Parlament verabschiedeten Reformgesetze durch ein Veto des Revolutionsführers oder des einflussreichen Wächterrates blockiert. Eine weitgehende Abkehr der iranischen Wähler von den Reformern und ein Fernbleiben von den Wahlurnen waren die Folge. Im Februar 2004 verloren die Reformen schließlich das Parlament an die Konservativen. Der jetzt zu wählende Staatspräsident wird vermutlich ebenfalls kein Reformen mehr sein.

3. Der Wahlkampf

Die Auswahl der Präsidentschaftskandidaten durch den konservativen Wächterrat verlief bereits alles andere als demokratisch. Von über tausend Anwärtern (darunter um die 90 Frauen) ließ der Wächterrat bis zum Ablauf der Registrierungsfrist am 22. Mai nur 6 Männer passieren, darunter nur einen Reformen. Beobachter werten dies nicht nur als Indiz für den Einfluss des Wächterrates sondern auch als Beleg für ein defizitäres Nominierungssystem. Im Allgemeinen wird angenommen, dass unter der Masse von Bewerbern nur etwa 20 wirklich seriöse Anwärter waren. Dennoch veranlasste die Nicht-Nominierung einiger wichtiger Reformen die beiden größten Reformbewegungen zu lautstarken Protesten. Als schließlich auch 500 bekannte Intellektuelle und Politiker zum Boykott der Wahlen aufriefen, sah sich Revolutionsführer Khamenei zum Eingreifen genötigt und veranlasste den Wächterrat am 24. Mai, zwei bekannte Politiker des Reformlagers nachzunominieren.

Der sich im Frühjahr 2005 entwickelnde Wahlkampf zeichnete sich insgesamt durch ein sehr niedriges konzeptionelles Niveau und durch geringe programmatische Unter-

schiede zwischen den Kandidaten aus. Inhalte oder politische Programme spielten eine nachgeordnete Rolle. Stattdessen waren alle Kandidaten bemüht, den Erwartungen der iranischen Wähler entgegenzukommen. Diese Erwartungen gehen in drei Richtungen: Erstens ein wirtschaftlicher Aufschwung und eine Verbesserung der Lebensbedingungen, zweitens eine effektive Staatsbürokratie und Korruptionsbekämpfung und drittens eine außenpolitische Öffnung, insbesondere gegenüber den USA. Alle acht Kandidaten stellten dementsprechend die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, die Bekämpfung der Korruption, das Bekenntnis zu einem „starken Iran“ und zu einer Annäherung an die USA in den Mittelpunkt ihrer Wahlversprechen.

3. Die Kandidaten

Der Wahlkampf hat nicht nur die allgemeine Politikverdrossenheit der Iraner sondern auch das Aufweichen der Konturen zwischen Reformern und Konservativen sowie Zerwürfnisse innerhalb der beiden politischen Lager deutlich gemacht. Dementsprechend gehen die Reformer schließlich mit drei, die Konservativen mit vier Kandidaten ins Rennen. Der Favorit, Ali Akbar Haschemi Rafsandschani, ist keinem der beiden Lager eindeutig zuzuordnen.

Die Reformer

Unter den Anhängern des Reformlagers finden sich zwei Positionen. Die eine Richtung tendiert zum Wahlboykott, die andere will retten, was zu retten ist und wenigstens das Präsidentenamt gegen die Konservativen verteidigen. Dieser Streit führte dazu, dass keine Einigung auf einen einzelnen Kandidaten erzielt werden konnte. Als aussichtsreichster Bewerber unter den drei Präsidentschaftskandidaten aus dem Lager der Reformer gilt der ehemalige Hochschulminister Mostafa Moin. Er wird von den beiden größten Reformbewegungen unterstützt. Neben ihm tritt der ehemalige Parlamentspräsident und Khatami-Vertraute Mehdi Karrubi, ein Kleriker und ehemaliger Hardliner, an. Außerdem stellt sich der Vizepräsident im bisherigen Khatami-Kabinett, Mohsen Mehr-Alizadeh, zur Wahl. Keiner der drei Reformer verfügt über das Charisma Khatamis.

Die Konservativen

Die Konservativen sind ebenfalls in zwei Lager gespalten. Auf der einen Seite bemüht sich eine „alte Garde“ aus Mitstreitern von Ayatollah Khomeini um die Bewahrung des Erreichten. Diesen „Traditionalisten“ tritt in jüngerer Zeit eine radikal-ideologische Gruppierung gegenüber, die durch die sinnlosen Opferschlachten des Krieges gegen den Irak und den anschließenden Wiederaufbau des Landes geprägt sind. Das politische Programm dieser „Neo-Konservativen“ bezieht sich auf die Gründungsmythen der Islamischen Republik und eine „Rückkehr“ zu den Ideen der Islamischen Revolution. Diese „neo-konservative“ Gruppierung hat nach den Parlamentswahlen 2004 zunehmend versucht, Schlüsselpositionen zu besetzen und dadurch viele aus den Reihen der „Traditionalisten“ gegen sich aufgebracht.

Beide Untergruppen sind sich zwar einig, dass die unterschiedlichen Institutionen der Islamischen Republik wieder unter die vollständige Kontrolle der Konservativen gebracht werden sollten, konnten sich aber nicht auf einen geeigneten Kandidaten verständigen und stellen sich deshalb mit vier Bewerbern zur Wahl. Die größten Chancen werden dem ehemaligen Chef der iranischen Sicherheitskräfte und Khomeini-Vertrauten, Mohammed-Baqer Qalibaf, eingeräumt. Qalibaf ist mit 43 Jahren relativ jung, genießt selbst bei seinen Kritikern Respekt und wird üblicherweise als „Technokrat“ bezeichnet. Sein Gegenspieler ist Mahmoud Ahmadinedschad, der Bürgermeister von Teheran. Ahmadinedschad gilt als Ultra-Hardliner und Ideologe, der gerne mit den Worten zitiert wird: „Wir hatten keine Revolution um jetzt Demokratie zu haben“. Ebenfalls zu den Hardlinern zählt Ali Ardeshir Laridschani. Laridschani war früher Chef des Staatsrundfunks und ist gegenwärtig Berater von Revolutionsführer Khomeini. Nach Einschätzung von Beobachtern hat er wiederholt maßgeblichen Einfluss auf die iranische Atompolitik genommen. Dem vierten konservativen Kandidaten, dem ehemaligen Revolutionswächter Mohsen Rezai, werden nur geringe Wahlchancen eingeräumt.

Der Favorit: Ali Akbar Haschemi Rafsandschani

Die schwierige Kandidatenkür der zerstrittenen politischen Lager brachte im März einen Mann auf die politische Bühne des Präsidentschaftswahlkampfes, der hinter dem Vorhang immer einer der wichtigsten Akteure im politischen Geschäft des Iran gewesen war: Ali Akbar Haschemi Rafsandschani. Der ehemalige Staatspräsident (1989-1997) war nach Ablauf seiner Amtszeit im Jahre 1997 zum Vorsitzenden des „Schlichtungsrates“, eines Gremiums, das zwischen Parlament und Wächterrat vermittelt, ernannt worden. Dieses Amt konnte Rafsandschani zum zweitwichtigsten Posten im Land ausbauen. Als seine wichtigsten Eigenschaften gelten „politische Wendigkeit und Opportunismus“ (Katajun Amirpur). Hierdurch hat er es immer verstanden, sich aus den Spannungen zwischen Konservativen und Reformern herauszuhalten und sich jeder politischen Zuordnung zu entziehen.

Auf den ersten Blick ist nur schwer nachzuvollziehen, dass Rafsandschani nach Umfragen in der Wählergunst vorne liegt. Er gilt nicht nur als einer der korruptesten sondern auch als einer der unbeliebtesten Politiker des Landes. Politisch ist der vielfache Millionär völlig diskreditiert, seit ein Journalist im Jahre 2000 Rafsandschanis Rolle bei den Intellektuellenmorden der neunziger Jahre aufdeckte. Aber er verfügt über zwei Eigenschaften, die den Iranern wichtig erscheinen, um das Land voran zu bringen: Erfahrung in der Außenpolitik und Einfluß in der Innenpolitik. Zudem hat die Angst vor einem Sieg der Hardliner selbst moderate Konservative in der iranischen Bevölkerung in eine Zweckallianz mit den Reformern getrieben. Rafsandschani erscheint aus dieser Sicht als der beste Kompromisskandidat einer insgesamt desillusionierten Wählerschaft. Nur ihm wird das politische Gewicht zugetraut, die Konfrontation mit den Hardlinern zu bestehen und deren Plan zu verhindern, alle wichtigen Staatsämter unter die Kontrolle der Konservativen zu bringen. Dies

erklärt auch, warum die Konservativen bis zuletzt versuchten, eine Kandidatur Rafsandschani zu verhindern.

Persönlich geht Rafsandschani mit seiner Kandidatur ein Risiko ein, denn noch bei den Parlamentswahlen im Februar 2004 hatte er eine demütigende Niederlage in Kauf nehmen müssen. Aus dieser Erfahrung scheint er gelernt zu haben und präsentiert sich im Wahlkampf betont volksnah und jugendlich. Dass Rafsandschani damit die Wähler wirklich überzeugen kann, halten viele Beobachter zwar für wahrscheinlich, aber keineswegs für sicher. Die Kandidatenvielfalt und die zu erwartende geringe Wahlbeteiligung wird vermutlich ohnehin dazu führen, dass keiner der Kandidaten im ersten Wahlgang die notwendige absolute Mehrheit erhält. Der zukünftige iranische Staatspräsident wird wahrscheinlich erst nach einer Stichwahl zwischen den beiden bestplatzierten Kandidaten feststehen. Diese Stichwahl wird vermutlich am 1. Juli stattfinden.

4. Mögliche Auswirkungen einer Wahl Rafsandschani

Rafsandschani gilt als Mann der Wirtschaft. Bereits nach seiner ersten Wahl im Jahre 1989 setzte er vor allem auf Industrialisierung und Investitionsförderung. Diese Politik bescherte dem Land allerdings keinen dauerhaften Aufschwung. Die massiven Investitionen in die iranische Industrie verschwanden in einem Sumpf aus Inkompetenz und Korruption. Dies und ein niedriger Ölpreis führten dazu, dass der Iran zum Ende der Amtszeit Rafsandschani mit enormen wirtschaftlichen und finanziellen Problemen zu kämpfen hatte. Mittlerweile hat sich die wirtschaftliche Lage des Landes durch den Anstieg des Ölpreises wieder etwas entspannt. Ob die stabilen Deviseneinnahmen jedoch ausreichen, um soziale Unruhen auf Dauer abzufangen, ist fraglich.

Im Hinblick auf Forderungen nach mehr bürgerlichen Freiheiten hat Rafsandschani sich stets unideologisch und flexibel gezeigt. Allerdings war er auch immer bereit, Freiheiten einzuschränken, wenn es ihm opportun erschien. Dies entspricht seiner allgemeinen Grundhaltung, klare politische Aussagen nach Möglichkeit zu vermeiden und seine Position zu revidieren, wenn diese ihm Kritik einbringt.

Auch außenpolitisch steht Rafsandschani für Flexibilität. Er hatte als Staatspräsident in den neunziger Jahren jene pragmatische Regionalpolitik vorbereitet und angelegt, die Khatami später auch verbal vertreten konnte. Dabei sprach er sich wiederholt für eine Annäherung an die USA aus. Auch im zurückliegenden Wahlkampf brach Rafsandschani ein Tabu und deutete an, sich um eine Neudefinition der Beziehungen zu den USA kümmern zu wollen (ohne damit allerdings eine substantielle inhaltliche Aussage zu verbinden).

Eine grundsätzliche Änderung der iranischen Atompolitik wäre – entgegen vieler Hoffnungen in Europa – unter Rafsandschani nicht zu erwarten. Er hatte sich in der Vergangenheit wiederholt für die „islamische Atombombe“ ausgesprochen. Auch als Präsident hätte er in dieser Frage die iranische Bevölkerung mehrheitlich hinter sich. Allerdings könnte er sich aus wirtschaftlichen und innenpolitischen Erwägungen auf ein Entgegenkommen in der Atomfrage einlassen. Dementsprechend befürchten ira-

nische Menschenrechtsaktivisten, dass ein iranischer Verzicht auf das Atomprogramm, die USA dazu veranlassen könnte, dem Land nicht nur wirtschaftlich zu helfen, sondern auch den außenpolitischen Druck auf Regimewechsel und Einhaltung der Menschenrechte zu lockern oder aufzugeben. Für eine solche Politik würde Rafsandschani aber in jedem Fall die Zustimmung von Revolutionsführer und Wächterrat benötigen.

Europa spielt in den außenpolitischen Erwägungen Rafsandschanis vor allem als Wirtschaftspartner eine Rolle. Als Belastung für eine iranisch-europäische Annäherung könnte sich seine Verwicklung in die Morde an oppositionellen Intellektuellen in den neunziger Jahren und in das „Mykonos-Attentat“ 1992 erweisen. In Fachkreisen geht man allerdings davon aus, dass er über diese Morde zwar vorab unterrichtet war, sie aber nicht selbst in Auftrag gegeben hat.

Grundsätzlich gilt für eine mögliche Präsidentschaft Rafsandschanis, dass auch weiterhin selbst kleine außenpolitische Maßnahmen von unterschiedlichen Machtzentren boykottiert werden können. Auch Rafsandschani, dessen ideologische Flexibilität ihn bei den Hardlinern verdächtig macht, hätte keineswegs freie Hand in der Außenpolitik. Will er außenpolitisch neue Akzente setzen, muss er sich in jedem Fall mit Revolutionsführer Khamenei und dem Wächterrat verbünden.

Ihr Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung:

Dr. Andreas Jacobs
Koordinator Nahostpolitik/Islamische Länder
Hauptabteilung Politik und Beratung
Wichmannstr. 7
10907 Berlin
Andreas.Jacobs@kas.de
Telefon: 030-26996-512